

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Gebührt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nochmals 5 Pf. für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Buchhandlung monatlich 4,50 M., durch unsere Redakteure zu entrichten in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5,50 M., durch die Post bezogen vierzehntäglich 15,15 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Personen und Postboten sowie andere Einzelpersonen und Geschäftsführer nehmen jederzeit Belehrungen entgegen. Im Falle schwerer Gewalt, Krieg oder kriegerlicher Dienstbedingungen hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Inserationspreis 1 M. für die 6seitige Störungssäge oder deren Raum, Reklame, die 2seitige Störungssäge 2,50 M. Bei Wiederholung und Jahresabzug entsprechender Preisabschlag. Verlängerungen im einzelnen Fall nur von Redaktion bis 2seitige Störungssäge 3 M. Reklamengeschäfte 30 Pf. Abgabenzahlung bis zum nächsten Tag. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden soll, oder der Auftraggeber in Reaktion gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Vässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 216.

Donnerstag den 15. September 1921.

80. Jahrgang.

Bekanntmachung Allgemeine Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Nachdem auf Grund der Bekanntmachung vom 14. August 1921 (die Wahl der Ausschusmitglieder betreffend) von Arbeitgebern sowie Versicherten nur je eine Wahlvorschlagsliste eingegangen ist, so gelten die darin vorgeschlagenen Vertreter ohne Stimmenabgabe als gewählt.

Die für den 25. September 1921 angelegte Wahl findet nicht statt.

Wilsdruff, am 14. September 1921.

Der Vorstand.
Paul Neumann, Vorsitzender.

Pflaumen-Berkauf im Verwaltungsgebäude Donnerstag 8-1 Uhr. 5 Pf. kosten 6 Mark.

Birnen zu 30, 40, 80 u. 100 Pf. das Pfund. Äpfel zu 100, 150 u. 180 Pf. das Pfund täglich 8 bis 1 Uhr.

Wilsdruff, am 14. September 1921

6482

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichswirtschaftsrat hat das Rentenwettgesetz mit 20 Prozent für Totalisator und Buchmacher gleichmäßig angenommen.

* In Bayern haben im weiteren Verlauf der Krise sämtliche Minister ihr Amt niedergelegt.

* Der bayerischen Polizei gelang in München die Feststellung der beiden Mörder Erzbergers, eines Studenten Tilleßen und eines Kaufmanns Schulz. Ihr Aufenthalt ist noch unbekannt.

* In Italien wird amtlich erklärt, es herrsche nicht die Absicht, eine persönliche Aktion gegen Ungarn zu unternehmen. Nur mit Einverständnis mit den Alliierten kommt ein Ein greifen in Frage.

* Zwischen den amerikanischen Regierungen und den Mitgliedern des Völkerbundes schweben Verhandlungen über den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund.

Tag vorausgesagt wurde, daß sie also unmöglich durch den schlechten Willen Deutschlands verschuldet sein kann. Man erinnert sich insbesondere daran, was Professor Keynes über die notwendigen Folgen der Erdrosselungspolitik prophezeite hat, die Deutschland gegenüber bestellt worden ist, wie an die neuen Warnungen, die er eben erst wieder nach der gleichen Richtung hin ausgestoßen hat. Fragt sich nur, wer siegen wird: die bessere oder die schlechtere Einsicht in dem wahren Zusammenhang der Dinge. Die französische Verbündet, die schon so viel Unheil aus der Welt angerichtet hat, und die nicht zugeben will, daß auch Deutschlands Leistungsmöglichkeit an bestimmte Grenzen gebunden ist, oder der britische Reichsstaat, der in den letzten Monaten ja schon manchen Strich durch die schlimmsten Pläne der Franzosen gemacht hat. Es ist ein Jammer, daß unser Volk im Augenblick für alle anderen Völker mehr Interesse zeigt, als für die neuen Zeichen, und daß unsere Regierung durch den inneren Streit in ihrer Aktionsfähigkeit nahezu völlig gelähmt ist, während sie alle Kräfte braucht, um ihre ganze Aufmerksamkeit unserer auswärtigen Lage zu zuwenden. Wir sind immer noch nicht durch Schadenslug geworden, und alles Lehrgeld, was wir dafür schon bezahlt haben, reicht noch nicht aus, um uns zur Besinnung zu bringen. Wird nicht inner- wie außerhalb Deutschlands die bessere Einsicht über die schlechtere wieder einmal den Sieg davontragen?

Erzbergers Mörder festgestellt

Der Aufenthalt unbekannt.

Den Nachforschungen der bayerischen Polizei gelang es, nunmehr die beiden Persönlichkeiten festzustellen, die den Mord an dem früheren Reichsfinanzminister Erzberger begangen haben.

Die Täter sind der am 20. Juli 1893 in Saalfeld a. d. Saale geborene, seit Ende April 1921 in München, zuletzt Maximilianstraße 33 wohnhaft Kaufmann Heinrich Schulz, Sohn eines Arztes, und der am 27. Mai 1894 in Köln-Lindenthal geborene, seit dem 1. Mai 1921 ebenfalls in München, Maximilianstraße Nr. 33, wohnhaft gewesene, frühere aktive Seeoffizier und spätere Sud. jur. Heinrich Tilleßen.

In München traf der bayerische Oberstaatsanwalt Schlimm ein, und auf seine Veranlassung ließ die Polizedirektion in dem Hause Maximilianstraße 33, in dem die flüchtigen Mörder Erzbergers bis kurz vor der Tat in zwei verschiedenen Stadtwerken wohnten, eine Hausdurchsuchung vornehmen. Dabei wurde stark belastendes Material beschlagnahmt, das die Täterschaft der beiden sicherstellt. Die weitere Untersuchung erstickt sich auch nach der Richtung, ob Tilleßen und Schulz für den Mord an dem Abgeordneten Gareis ebenfalls in Frage kommen.

* Bis kurz vor den Tat in Berlin.

Die beiden Mörder haben bis kurz vor der Tat in Berlin gewohnt und gehörten beide der Brigade Eberhardt an. Schulz, der ein verschütteltes Ohr hat, ist der eigentliche Täter. Sie haben sich sofort nach der Tat nach München begeben und dort unter ihrem richtigen Namen gelebt. Vor der Tat haben sich beide in Berlin aufgehalten. Die Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, die in ständiger Verbindung mit der bayerischen Staatsanwaltschaft gearbeitet hat, sahntet nach den beiden. Noch zu Anfang August wohnten sie in einem Berliner Vorort und reisten dann plötzlich nach dem Süden ab.

Die Marine-Kompanie von 1918 verzeichnet einen Oberleutnant Heinrich Tilleßen, der am 1. April 1912 eingetragen ist und dessen Patent vom 25. Dezember 1917 datiert. Er ist 1920 verabschiedet worden. Dieser Oberleutnant z. S. a. D. Heinrich Tilleßen wohnt aber in Biesenthal i. d. Markt. Die Kompanie weist weiter nur noch einen Oberleutnant Karl und einen Korvettenkapitän Werner Tilleßen aus.

Verhaftungen in Berlin.

Die bayerischen und Berliner Behörden haben zusammengearbeitet, und ihren Ermittlungen ist es dann gelungen, mit Sicherheit festzustellen, daß Schulz und Tilleßen die Mörder des Abgeordneten Erzberger gewesen sind. Beide haben in naher Beziehung mit einer Berliner Familie gestanden, die aus Mutter, mehreren Töchtern und einem Sohn, einem früheren Kadetten, besteht. Die ganze

Familie ist unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft vor einigen Tagen in Haft genommen worden. Es ist festgestellt, daß Schulz und Tilleßen Anfang August bei dieser Familie gewohnt haben. Dort wurden auch die jetzt vervollständigten Bilder gefunden und beschlagnahmt. Ebenso einige Korrespondenz, die sowohl die Mörder wie die verhaftete Familie schwer belastet. Die Verhafteten stellen entschieden in Abrede, vorher gewußt zu haben, daß die ihnen bestreute Schulz und Tilleßen mit der Macht umgegangen seien, Erzberger zu ermorden, und weiter, daß sie, als die Tat bekannt wurde, gewußt hätten, daß ihre Freunde als Mörder in Frage kämen. Ermittlungen schwieben in der Richtung auf andere ehemalige Angehörige der Brigade Eberhardt hin, die ebenfalls mit der Tat in Zusammenhang stehen sollen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

In München sind Plakate mit der Personalsbeschreibung der beiden Täter mit doppeltem Lichbild, von denen eins Tilleßen in Uniform und eins in Zivil zeigt, verbreitet. Die für die Ermittlung der Mörder ausgesetzte Belohnung von 100 000 Mark ist auf dem Plakat nicht erwähnt.

Die bayerische Krise.

Nach dem Rücktritt des Gesamtministeriums.

Die Entwicklung der krisischen Lage bei der Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Bayern machte nach dem Rücktrittsangebot des Ministerpräsidenten v. Kahr und des Justizministers Roth nicht halt. Vielmehr zog dieses Ereignis den Rücktritt des gesamten Ministeriums nach sich, das sich nicht mehr in der Lage fühlte, auf dem Volken zu bleiben. Die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Regierung in Bayern und damit auch über den Ausgang der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Reich liegt jetzt bei den Parteien des bayerischen Landtags, der noch in dieser Woche zusammentreten soll. Vorläufig führen die bisherigen Minister die Geschäfte weiter. Wie von beiden sich gegenüberstehenden politischen Seiten behauptet wird, habe der stärker an die Oberfläche drängende Widerstand der Anhänger Herrn v. Kahr gegen die Beschlüsse des Landtagausschusses zu der Niederschlagung aller Ministerämter geübt, die anfänglich nicht berücksichtigt war. Ob aber damit eine Niederlage v. Kahr, der sich zum Sommerurlaub in Berchesgaden aufhält, angebahnt wird, erscheint sehr fraglich.

* Die Koalition hat zu bestehen aufgehört.

Was nun geschehen wird, darüber findet sich auch keine sichere Linie, wenn man die Auskünfte der Münchner Blätter der verschiedenen Richtungen durchsieht. Allgemein wird angezeigt, daß das junge Reichskabinett zur weiteren Führung und zum Abschluß der Verhandlungen mit Berlin delegiert und gewußt sein sollte. Die Münchner Nachrichten erwarten, daß man in Berlin Geduld überwerde. Das könnte um so weniger schwer fallen, als ja die bayerischen Koalitionsparteien schon umwiderrichtend den Bitten befindet haben, in einer Verhandlung mit dem Reich zu kommen. Der Bayerische Kurier sagt, die Kunde vom Rücktritt Kahr wird im ganzen Lande anstößigen Schmerz hervorrufen. Die Münchner Zeitung bemerkt: Was nicht verkannt wird, ist der Bruch der Bayerischen Volkspartei mit ihrem erwählten Vertrauensmann Kahr gelegentlich eines Konflikts, der entbrannte war um die leichten Hoheitsrechte Bayerns. Die München-Augsburger Wendung meint, sie könne nur des Einbruchs nicht erwarten, daß die Mehrheit sich der geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks nicht bewußt war. Die Koalition habe zu bestehen aufgehört. Der Sturz des Ministerpräsidenten habe alle Revolutionäre aufs neue stark gemacht. In der sozialdemokratischen Münchner Post wird erklärt, daß das Ziel des Kampfes, die Auflösung des bayerischen Ausnahmestandes und die Sicherung der demokratischen Republik, mit dem Sturz der Kabinettierung allein noch nicht erreicht sei. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich in höchster Bereitschaft zu halten, solange die Rechtsparteien unbehindert ihr gefährliches Spiel treiben.

* Die Reichsregierung wartet ab.

So wollen wenigstens angeblich gutunterrichtete parlamentarische Kreise in Berlin wissen. Man hat in diesen Kreisen die Auffassung, daß die Reichsregierung nach wie vor zu Verhandlungen bereit sei. Der Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums wird als ein rein formaler Akt bezeichnet, der in dem Wortlaut der bayerischen Verfassung begründet liegt. Da das bisherige bayerische Ministerium die Geschäfte bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag fortführt, wird die Reichsregierung bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich noch mit den bisherigen Vertretern des bayerischen Kabinetts verhandeln, falls die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Bessere Einsicht.

Immer trüber werden die Aussichten für diejenigen, die als Gläubiger dem Deutschen Reich gegenüberstehen. Die Reichsbank sinkt und sinkt, der Dollar steigt und steigt, und die Spiekewut, die damit in untrennbarem Zusammenhang steht, hat längst alle Wälle, die man früher gegen sie aufrichtete, hinweggeschüttet. Und seine Macht scheint es zu geben, die dieser unhöflichen Bewegung halt gebieten könnte, die jeden wahren Freund des deutschen Volkes mit letzter Verachtung erfüllen muß.

Anderer stellt ein Teil der auswärtigen Regierungen sich zu dieser Erscheinung ein; diejenigen zum mindesten, die auf die Theorie vom bösen Willen Deutschlands eingeschworen sind und bleiben. Sie sagen es nicht offen heraus, aber sie scheinen es wirklich so zu meinen, daß Deutschland im Begriff steht, die leichten Rechte seines Kapitalbesitzes zu verschleudern, nur um seine auswärtigen Gläubiger zu befriedigen, nur um auf diese Weise den Nachweis für die Unmöglichkeit der Erfüllung untersetzter im Maijumatum übernommenen finanziellen Verpflichtungen liefern zu können. An der Spitze dieser freundlichen Beobachter unseres Finanzelends marschieren natürlich, wie es sich gebührt, die Franzosen. Sie schreiben der deutschen Regierung die Absicht zu, in einer Entschließt an den Obersten Rat auf die unvorhergesehene Entwicklung unserer Zahlungsverhältnisse aufmerksam zu machen und daraus die Forderung herzuleiten, um Gehör vor den Reparationskommission zu bitten, die man um eine Revision des Londoner Abkommen angehen möchte. Mit anderen Worten: das Deutsche Reich treibe dem Bankrott zu, und Frankreich solle die Kosten dieses Zusammenbruches tragen. Was auch immer bei den neuen Verhandlungen in London über eine Revision des Finanzabkommen vom 13. August herauskomme, wenn die Alliierten nicht sofort das Zollwesen in Deutschland näher ins Auge fassen, dann könnten sie sich jede Vereinbarung über die künftigen Zahlungen Deutschlands und über die Verteilung der von dorther zu leistenden Geldbeträge ersparen. Eine „leichte Mahnung“ nennt das der „Tempo“, und andere Blätter, die eine deutliche Sprache lieben, erinnern abermals daran, daß man ja nur die französische Stellung am Auge festzuhalten und auszubauen brauche, um jeder deutschen Hinterhältigkeit gewachsen zu sein. Steinesfalls werde der weitere Absturz der deutschen Mark Frankreich etwa dazu bewegen können, von seinen Forderungen an Deutschland das mindeste aufzugeben. Wenn das Reich Deutschland wirklich verarmt, so würde man die nötigen Geldmittel um so mehr bei den deutschen Bürgern finden, und sie diesen fortzunehmen, dazu seien die Alliierten natürlich jederzeit in der Lage. Es sei ja in Deutschland selbst gezeigte worden, daß die deutschen Exporteure einen großen Teil der freien Devisen, die sie im Ausfuhrhandel an sich bringen, nicht an die Regierung abliefern. Abermals wie vor dem Kriege breite der deutsche Handel sich durch die ganze Welt aus, und die Gläubiger Deutschlands würden verhöhnt. Das sei nichts als Betrug, dem man ein Ende machen müsse. Nur so könnte der deutsche Bankrott noch vermieden werden.

Etwas nachdenklicher ist man in England. Man kann dort nicht ganz an der Latsche vorbeigehen, daß diese Entwicklung, wie sie jetzt eingetreten ist, von vorurteilslosen Kenntnern in der Weltwirtschaft und ihrer unsößlichen Zusammenhänge schon vor Jahr und